

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [EU-Agenturen: Von London nach Amsterdam und Paris](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Debatte über die Bereitstellung digitaler Inhalte](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte](#) 4
- [EU-Haushalt für 2018 beschlossen](#) 4

Europäische Kommission

- [Europäisches Semester – Herbstpaket](#) 5
- [Taskforce für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit](#) 5
- [Europäische Kommission beabsichtigt europäischen Bildungsraum bis 2025](#) 6
- [Europäische Woche der Berufsbildung](#) 6
- [Fortschritte in der Migrationssteuerung](#) 7

Sonstiges

- [EU-Rechnungshof: Mängel in der Entwicklung des ländlichen Raums](#) 8
- [Neuer europäischer Luftqualitätsindex](#) 8
- [Frauen erfahren Diskriminierung und Gewalt](#) 9
- [Erster Jahresbericht des Europäischen Fiskalausschusses](#) 9

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 11

Tagesordnungen der Institutionen 12

Impressum und Abbildungsverzeichnis 12

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

EU-Agenturen: Von London nach Amsterdam und Paris

Am Rande der Tagung des Rates "Allgemeine Angelegenheiten" vom 20. November legten die MinisterInnen die neuen Standorte der im Vereinigten Königreich ansässigen Agenturen der EU fest. Amsterdam wurde als Sitz der [Europäischen Arzneimittel-Agentur \(EMA\)](#) und Paris als Sitz der [Europäischen Bankenaufsichtsbehörde \(EBA\)](#) ausgewählt.



Die Verlegung der beiden Agenturen ist die direkte Folge und das erste sichtbare Ergebnis der dem Europäischen Rat am 29. März 2017 mitgeteilten Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszutreten.

Für Wien bzw. Österreich kam beim Abstimmungsverfahren beider Agenturen schon ein sehr frühes Aus. Generell war das Rennen um die EMA und die EBA aber denkbar knapp. In beiden Fällen wurde der neue Standort erst in der dritten Abstimmungsrunde per Los entschieden. Österreich wurde in Brüssel dabei durch Finanzminister Schelling vertreten. Im Anschluss an das Abstimmungsverfahren gratulierte er den Siegern, betonte aber, dass man das Ergebnis genauer analysieren werde.

Die EMA ist für die wissenschaftliche Bewertung, Kontrolle und Überwachung von Arzneimitteln in der EU zuständig. Konkrete Aufgaben der EMA sind die Erleichterung der Entwicklung von und des Zugangs zu



Arzneimitteln, die Bewertung der Genehmigungsanträgen, die Überwachung der Sicherheit von Arzneimitteln und die Bereitstellung von Informationen.

Die EBA soll eine einheitliche Regulierung und Beaufsichtigung des gesamten europäischen Bankensektors gewährleisten. Die wichtigste Aufgabe der EBA besteht darin, einen Beitrag zur Erstellung des sogenannten einheitlichen Regelwerks für den Bankensektor zu leisten.

Angesichts der Dringlichkeit der Angelegenheit wird die Kommission so rasch wie möglich Legislativvorschläge über die Sitzverlegung vorbereiten. In weiterer Folge sollen diese Vorschläge im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens unter Beteiligung des Europäischen Parlaments und des Rats angenommen werden.

[Mehr Informationen](#)

Mehr Informationen zum [französischen](#) und [niederländischen Angebot](#)



Europäisches Parlament

Debatte über die Bereitstellung digitaler Inhalte

Am 21. November stimmten der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) sowie der Rechtsausschuss (JURI) über den Bericht zum Richtlinienentwurf betreffend die Bereitstellung von digitalen Inhalten ab. Im Kern geht es dabei um bestimmte vertragsrechtliche Aspekte in einer zunehmend digitalisierten Welt.

Nach dem Entwurf sollen Menschen, die digitale Inhalte (d.h. Musik, Filme, Apps, Spiele, Programme) herunterladen oder Cloud-Dienste nutzen, besser geschützt sein, wenn HändlerInnen den Inhalt nicht bzw. defekt liefern. Der Vorschlag enthält auch erstmals EU-weit geltende Vorschriften zum Schutz von Kunden, die mit fehlerhaften digitalen Inhalten oder Diensten konfrontiert sind. So soll der Preis reduziert oder der Vertrag rückabgewickelt werden, wenn ein Problem nicht behoben werden kann.

Die angestrebte Richtlinie soll u.a. auch Vorschriften über die den VerbraucherInnen zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe, die Beweislast und die Pflichten der Gewerbetreibenden enthalten. Sobald das Parlament insgesamt grünes Licht gibt, sollen Gespräche mit dem Rat der EU über den Richtlinienentwurf aufgenommen werden.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte

Am 17. November wurde auf dem Sozialgipfel im schwedischen Göteborg feierlich die Europäische Säule sozialer Rechte proklamiert. Die Säule war von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erstmals in seiner Rede zur Lage der Union 2015 angekündigt und im April 2017 von der Kommission präsentiert worden.

Die Proklamation führten Präsident Juncker für die Europäische Kommission, Präsident Tajani für das Europäische Parlament und Ministerpräsident Ratas (Estland) für den Rat der Europäischen Union durch.

In der Europäischen Säule sozialer Rechte kommen Grundsätze und Rechte zum Ausdruck, die im Europa des 21. Jahrhunderts für faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme unerlässlich sind. Sie beinhaltet sowohl Rechte, die bereits Teil des Besitzstands der Union sind, als auch

neue Grundsätze, die auf die Herausforderungen abzielen, die sich aus gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ergeben.

Die Säule umfasst 20 Grundsätze und Rechte, zu denen u.a. das Recht auf faire Löhne und Gehälter, das Recht auf Gesundheitsversorgung und die Gleichstellung der Geschlechter gehören.

[Mehr Informationen](#)

EU-Haushalt für 2018 beschlossen

Am 18. November einigten sich der Rat und das Europäische Parlament über den Haushaltsplan 2018. Demnach beläuft sich der nächste EU-Haushalt auf 144,7 Mrd. Euro bei den Mitteln für Zahlungen.

Fast die Hälfte der Mittel (ca. 77 Mrd. Euro) wird dafür eingesetzt, die europäische Wirtschaft zu stärken. Insgesamt 55 Mrd. Euro davon, fließen im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) in die Stärkung des Wachstums, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Förderung der Konvergenz in allen Mitgliedstaaten und Regionen.

Europäische LandwirtInnen erhalten Unterstützungen in Höhe von 59 Mrd. Euro. Rund 4 Mrd. Euro sind für die Migrationssteuerung und die Bewältigung sicherheitspolitischer Herausforderungen vorgesehen.

Zur Besiegelung des erzielten Kompromisses müssen das Europäische Parlament und der Rat den Text binnen 14 Tagen förmlich annehmen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Europäisches Semester – Herbstpaket

Am 22. November veröffentlichte die EU-Kommission das Herbstpaket des „[Europäischen Semesters](#)“ der wirtschafts-, haushalts- und sozialpolitischen Koordinierung. Darin legt sie verschiedene Analysen, u.a. den Jahreswachstumsbericht, den Warnmechanismusbericht und Bewertungen der Haushaltsplanung der Euro-Mitgliedstaaten, dar.

Im [Jahreswachstumsbericht 2018](#) werden die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, ihre Investitionen zu intensivieren und die Produktivität sowie das langfristige Wachstum zu steigern. Auch sind weitere Strukturreformen erforderlich, um die europäische Wirtschaft stabiler zu machen. Im [Warnmechanismusbericht 2018 \(in Englisch\)](#) wird vorgeschlagen, zwölf Länder, bei denen schon in der letzten Runde des makroökonomischen Ungleichgewichts-Verfahrens Probleme festgestellt wurden, einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen.

Schließlich hat die Kommission ebenfalls bewertet (vgl. [englische Mitteilung](#)), ob die von den Euro-Mitgliedstaaten vorgelegten Übersichten über die Haushaltsplanung den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) entsprechen. Nach

Ansicht der Kommission besteht bei der [österreichischen Haushaltsplanung für 2018](#) das Risiko, dass die Vorgaben des SWP für 2018 nicht erfüllt werden. Die Übersichten über die österreichische Haushaltsplanung könnten eine erhebliche Abweichung vom Anpassungspfad in Richtung des jeweiligen mittelfristigen Ziels bewirken, so die Kommission.

Weiters enthalten sind im Herbstpaket noch eine [Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet 2018](#), ein [Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts](#) (erstmals nach dem sozialpolitischen Scoreboard-Verfahren) und ein [Vorschlag zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten](#).

[Mehr Informationen](#)

Taskforce für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat die [Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“](#) eingesetzt. Präsident Juncker hatte die Errichtung dieser Taskforce in seiner diesjährigen Rede zur Lage der Union bereits angekündigt.

Die Taskforce wird dem Präsidenten bis zum 15. Juli 2018 Empfehlungen zur besseren Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorlegen. Weiters soll sie jene Bereiche vorschlagen, in denen die Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückübertragen oder ihnen endgültig zurückgegeben werden könnten. Die Taskforce soll zudem untersuchen, wie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften besser in die Gestaltung und Umsetzung der EU-Politik einbezogen werden können.

Am 1. Jänner 2018 wird die Taskforce ihre Arbeit aufnehmen und von Frans Timmermans, dem Ersten Vizepräsidenten der Kommission, geleitet werden. Der Taskforce werden neun weitere Mitglieder angehören: drei aus nationalen Parlamenten, drei aus dem Europäischen Parlament und drei aus dem Europäischen Ausschuss der Regionen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission beabsichtigt europäischen Bildungsraum bis 2025

Am 14. November präsentierte die Kommission im Rahmen der aktuellen Debatte über die Zukunft Europas ihre Vision sowie konkrete Schritte zur Schaffung eines europäischen Bildungsraums bis 2025 ([englische Mitteilung](#)).

Ein europäischer Bildungsraum sollte demnach die Ausdehnung der Teilnahme am Erasmus+-Programm und die Einleitung eines neuen „Sorbonne-Prozesses“ auf der Grundlage des „Bologna-Prozesses“ (um die gegenseitige Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen zu verbessern) umfassen. Zudem soll ein Netz europäischer Universitäten geschaffen werden, damit europäische Universitäten nahtlos über Grenzen hinweg zusammenarbeiten können.

Ein weiterer Punkt betrifft die sprachliche Ausbildung. Durch die Festlegung einer neuen Benchmark sollten bis 2025 alle jungen EuropäerInnen beim Abschluss der Sekundarstufe II neben ihrer Muttersprache über gute Kenntnisse in zwei Fremdsprachen verfügen.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Woche der Berufsbildung

Vom 20. bis zum 24. November 2017 findet die zweite [Europäische Woche der Berufsbildung](#) statt. Dabei stellt die Kommission Initiativen vor, die jene Kompetenzen vermitteln, die auf einem sich rasch verändernden Arbeitsmarkt benötigt werden.

Kompetenzen ebnen den Weg zu Beschäftigungsfähigkeit und Wohlstand. So lautet die Kernbotschaft der europäischen Agenda für Kompetenzen vom Juni 2016, in der zehn Maßnahmen zur Bewältigung der Kompetenzproblematik in Europa vorgestellt werden. Eine dieser zehn Maßnahmen zielt darauf ab, die Berufsausbildung zu einem Weg erster Wahl zu machen.

Im Rahmen der Europäischen Berufsbildungswoche finden verschiedene Veranstaltungen, wie z.B. die Konferenz „Promoting the Vocational Skills Agenda – Together“ (die Berufsbildung gemeinsam voranbringen), ein europäischer Wirtschafts- und Bildungsgipfel und das vierte Treffen des europäischen Auszubildenden-Netzwerks, statt.

[Mehr Informationen](#)



Fortschritte in der Migrationssteuerung

Der Fortschrittsbericht der Kommission zur Europäischen Migrationsagenda ([in Englisch](#)) lässt positive Trends bei der Steuerung der Migration erkennen. Die Zahl der irregulären Grenzübertritte an den wichtigsten Migrationsrouten hat 2017 um 63 % abgenommen.

Seit September hat die EU ihre Unterstützung zur Bekämpfung der Migrationsursachen kontinuierlich aufgestockt. Bis Ende 2017 soll der geplante Betrag von 3 Mrd. Euro im Rahmen der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei vertraglich verankert sein. In Libyen richtete sich das Augenmerk vor allem darauf, die oft katastrophalen Bedingungen für MigrantInnen zu verbessern. So wurden beispielsweise fast 4000 MigrantInnen und mehr als 2000 vertriebene libysche Familien medizinisch versorgt und mit Grundversorgungen ausgestattet.

Die im Juli 2015 verabschiedete EU-Neuansiedlungsregelung steht vor ihrem Abschluss. Neuansiedlungen auf der Grundlage der Erklärung EU-Türkei nehmen sukzessive zu: Insgesamt wurden seit Beginn der Regelung mehr als 25.700 Personen neu angesiedelt. Im September hat die Kommission eine neue Regelung auf den Weg gebracht, um bis Oktober 2019 mindestens 50.000 Flüchtlinge, die am meisten Hilfe benötigen, neu anzusiedeln. Bislang sind 34.400 Zusagen aus 16 Mitgliedstaaten eingegangen.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

EU-Rechnungshof: Mängel in der Entwicklung des ländlichen Raums

Der Europäische Rechnungshof zeigt in seinem [Sonderbericht](#) zur Entwicklung des ländlichen Raums Mängel bei den Planungsverfahren auf.

Im Bericht wird das Verfahren zur Planung der EU-Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums als zu lang, zu komplex und mangelhaft angesehen. Außerdem stellen die Prüfer fest, dass mit der Umsetzung der Programme trotz Bemühungen der Europäischen Kommission nicht früher begonnen wurde und dass die Auszahlungen langsamer anliefen als im vorangegangenen Zeitraum.

Nach Untersuchungen des Rechnungshofs war der Umfang der überprüften Programmplanungsdokumente zur Entwicklung des ländlichen Raums (EPLR) mehr als doppelt so groß wie im vorangegangenen Programmplanungszeitraum. So betrug der EU-Durchschnitt im Zeitraum 2007-2013 459

Seiten und im Zeitraum 2014-2020 781 Seiten. Während sich Österreich im Zeitraum 2007-2013 noch unter dem EU-Durchschnitt mit 370 Seiten befand, hatten die EPLR im Zeitraum 2014-2020 eine Seitenanzahl von 843.

Die Prüfer fordern die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass ihre Vorschläge zu mehr Kohärenz zwischen den einzelnen Programmen beitragen. Außerdem sollte sie die Programmplanungsdokumente vereinfachen und die Zahl der Anforderungen verringern.

[Mehr Informationen](#)

Neuer europäischer Luftqualitätsindex

Am 16. November ging der [European Air Quality Index](#) (europäischer Luftqualitätsindex), ein neues Service der Europäische Umweltagentur (EEA) und der Europäischen Kommission, online. Dadurch können NutzerInnen die aktuelle Luftqualität in Städten und Regionen in ganz Europa prüfen.

Der neue europäische Index bietet aktuelle Informationen zur Luftqualität in ganz Europa. Grundlage sind Luftqualitätsmessungen von mehr als 2000 Überwachungsstationen. Der Index umfasst eine interaktive Landkarte, auf der die lokale Luftqualität basierend auf den gefährlichsten Schadstoffen für Mensch und Umwelt angezeigt wird (d.h. Feinstaub, bodennahes Ozon, Stickstoffdioxid und Schwefeldioxid).

Im Einzelnen werden durch den Online-Service stündliche Werte zur Luftqualität im Rahmen einer fünf-stufigen Skala (d.h. „good“, „fair“, „moderate“, „poor“ und

„very poor“) veröffentlicht. Dabei zeigen die Tiroler Messstellen gute Ergebnisse. Nach den Daten der Messstelle Vomp war die Luftqualität z.B. am 22. November, 11:00 Uhr, als „fair“ einzuordnen. Die Messstelle in Imst war zum selben Zeitpunkt auf „good“ im Index.

Darüber hinaus hat die EEA aktualisierte Länderprofile ([Link für Österreich](#) in Englisch) veröffentlicht, in denen die jährlichen Daten zur Luftverschmutzung und deren Folgen zusammengefasst sind.

[Mehr Informationen](#)



Frauen erfahren Diskriminierung und Gewalt

Die Europäische Grundrechteagentur (FRA) mit Sitz in Wien hat einen neuen [Bericht](#) veröffentlicht, in dem sie Ungleichheiten sowie Gewaltarten darlegt, denen Frauen ausgesetzt sind. Der Bericht fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Maßnahmen zu intensivieren, mit denen die Gleichberechtigung der Geschlechter umgesetzt und die gesellschaftspolitische Sichtweise in Bezug auf Frauen geändert werden.

Der Bericht beschreibt ein inakzeptables Ausmaß an Diskriminierung, Gewalt und Misogynie, so FRA-Direktor Michael O'Flaherty. Im Bericht wird aufgezeigt, wie anhaltende Diskriminierung und geschlechtsspezifische Gewalt Frauen dabei einschränken, ihre Rechte in vollem Umfang zu genießen und einen gleichwertigen Fußabdruck in der Gesellschaft hinterlassen zu können.

Im Bericht werden auch Verbesserungsvorschläge gemacht. Bspw. soll Gleichberechtigung in der Bildung und lebenslangen Lernplattformen eine noch größere Rolle spielen. Zudem spricht sich die FRA für nationale Gleichbehandlungsbehörden aus, die alle Angelegenheiten behandeln sollen, die Frauenrechte unterminieren.

[Mehr Informationen](#)

Erster Jahresbericht des Europäischen Fiskalausschusses

Der Europäische Fiskalausschuss hat seinen ersten Jahresbericht ([in Englisch](#)) vorgelegt. Im Bericht wird der fiskalpolitische Kurs der EU bewertet. Außerdem sind Empfehlungen für Verbesserungen enthalten.

Der Bericht beinhaltet eine umfassende Bewertung der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in der jüngeren Vergangenheit. Es werden sowohl die nationalen Finanzpolitiken als auch jene der gesamten Euro-Region beleuchtet und Vorschläge für den zukünftigen Finanzrahmen gemacht. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass der Finanzrahmen zur Stabilität des Euroraums beitragen konnte.

Der Ausschuss ist ein unabhängiges Beratungsgremium für die Europäische Kommission bei fiskalpolitischen Fragen. Er bewertet die Umsetzung des haushaltspolitischen Rahmens der EU und gibt Empfehlungen dazu ab, welcher haushaltspolitische Kurs für den Euro-Raum insgesamt angemessen ist.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation über die Methoden zur Festlegung eines Verzeichnisses der Sektoren, von denen angenommen wird, dass sie mit einem erheblichen Risiko einer Verlagerung von CO2-Emissionen behaftet sind, für den Zeitraum 2021–2030](#)

Klimaschutz

20 November 2017 - 12 Februar 2018

[Öffentliche Konsultation zur Initiative zur Begrenzung des Verzehrs von industriellen Transfettsäuren in der EU \(DE\)](#)

Lebensmittelsicherheit

17 November 2017 - 9 Februar 2018

[Öffentliche Konsultation zu Fake News und online verbreiteter Desinformation](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

13 November 2017 - 23 Februar 2018

[Öffentliche Konsultation zur REFIT-Evaluierung der EU-Rechtsvorschriften über Pflanzenschutzmittel und Pestizidrückstände](#)

Lebensmittelsicherheit

13 November 2017 - 12 Februar 2018

[Faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft](#)

Steuern

26 Oktober 2017 - 3 Januar 2018

[Öffentliche Konsultation über elektronische Dokumente für den Güterverkehr](#)

Verkehr

25 Oktober 2017 - 18 Januar 2018

[Öffentliche Konsultation zu Europeana, der digitalen EU-Plattform für das Kulturerbe](#)

Digitale Gesellschaft

17 Oktober 2017 - 14 Januar 2018

[Öffentliche Konsultation zu Spezifikationen für kooperative intelligente Verkehrssysteme](#)

Mobilität und Verkehr

10 Oktober 2017 - 5 Januar 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Umwelt

<u>Umwelt</u>			
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	Materials for clean air	23.01.2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE	20.08.2019	€ 3.500.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Patrick Raschner

Abbildungsverzeichnis

<http://www.eba.europa.eu/eba-theme/images/gui/logo.gif>

http://www.ema.europa.eu/ema/images/Logo_standard.jpg